Windwärts

# Kommunale Windabgabe gefordert

**[23.10.2018] Der Projektierer Windwärts will Kommunen stärker an der Wertschöpfung durch Windparks beteiligen. Eine Abgabe an Kommunen soll dafür sorgen, die Akzeptanz von Projekten zu steigern.**

Das Unternehmen Windwärts Energie plädiert für die Einführung einer kommunalen Windabgabe für eine direkte Beteiligung der Kommunen an der Wertschöpfung von Windparks. Damit soll die lokale und regionale Akzeptanz von Projekten gesteigert und die kommunale Unterstützung für neue Windparks gefördert werden. Hintergrund für die Forderung ist nach Unternehmensangaben, dass der Umfang der bundesweit erteilten Genehmigungen für Windenergieanlagen seit dem Jahr 2017 auf einem sehr niedrigen Niveau von rund 100 Megawatt pro Monat verharrt. Damit ließen sich weder die Ziele für den Klimaschutz erreichen, noch lasse sich das Volumen der jährlichen Ausschreibungen für Windenergieprojekte füllen. Das bestätige die deutliche Unterzeichnung der aktuellen Ausschreibung für Windenergie an Land (wir berichteten).

Nach Auffassung des zur MVV-Gruppe gehörenden Unternehmens tragen Windparks in großem Umfang zur Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Der wirtschaftliche Nutzen erstrecke sich von der Einbindung lokaler Unternehmen in der Bauphase bis hin zu Pachteinnahmen der Grundstückseigentümer und Beteiligungsmöglichkeiten für die Anwohner. Kommunale Einnahmen seien bislang in der Regel lediglich aus der Verpachtung kommunaler Grundstücke für die Infrastruktur sowie aus nur eingeschränkt kalkulierbaren Einnahmen aus Gewerbesteuerzahlungen der Betreibergesellschaft entstanden. Damit Kommunen von Beginn an zuverlässig von der Wertschöpfung eines Windparks profitieren können, schlägt Windwärts ein neues Instrument vor: Drei Prozent des Umsatzes aus der Stromproduktion eines neu errichteten Windparks sollen mittels einer Windabgabe direkt an die Kasse der Standortgemeinde fließen. Pro Windrad seien dies bei modernen Anlagen mindestens 10.000 Euro.

(al)

Stichwörter: Windenergie,